Lebensmittel

Aldi provoziert Industrielobby

Der Lebensmittelriese Aldi Süd stößt mit seiner Forderung, Mineralölrückstände aus Nahrungsmitteln zu verbannen, auf den Widerstand der Lebensmittelindustrie. Der Discounter hatte seine Lieferanten aufgefordert, die Eigenmarken künftig ohne solche Rückstände herzustellen. Bislang können die potenziell krebserregenden Stoffe durch Altpapierverpackungen oder billige Schmierstoffe der Maschinen in die Nahrungsmittel gelangen. Der Lobbyverband der deutschen Lebensmittelindustrie BLL reagierte postwendend abweisend auf den Vorstoß. Man wolle sich nicht in die vertragliche Ausgestaltung der Eigenmarkenanforderungen einmischen, schrieb er an Aldi, erlaube sich aber „im Interesse der gesamten Lebensmittelkette nachfolgende Stellungnahme“: Mineralölrückstände seien „bedingt tolerierbar“, sie stellten „keine Gefahr für die Verbrauchergesundheit dar“. Das sehen die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit und das Bundesinstitut für Risikobewertung allerdings anders, sie haben in der Vergangenheit auf die Gefahr der krebserregenden Substanzen hingewiesen. „Um wirklich saubere Lebensmittel zu produzieren, müssten die Hersteller ihre gesamte Produktionskette durchgehen, die Maschinen verändern oder sogar ersetzen“, sagt ein Branchenkenner. Das sei teuer und aufwendig. Es könnte sich aber lohnen, da mit Lidl der nächste große Händler ähnliche Vorgaben plant. Antwort von Aldi bekamen die Lobbyisten bisher nicht. sam



B. HASELBECK / WIRTSCHAFTSWOCHE

Aldi-Filiale



ABDALRHMAN ISMAIL / REUTERS

Kinder in Aleppo

Kriegsfolgen

Syrien leidet, die Türkei profitiert

Nach fünf Jahren Krieg liegt Syriens Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner nur noch bei gut der Hälfte der Wirtschaftsleistung, die ohne den Konflikt zu erwarten gewesen wäre. Das bedeutet – neben den menschlichen Opfern und Zerstörungen – eine um rund 275 Milliarden Dollar verminderte Wirtschaftsleistung. Zugleich ist die durchschnittliche Lebenserwartung im Land um 15 Jahre gesunken, etwa 5,7 Millionen Kinder haben keinen regelmäßigen Schulunterricht mehr. So das Ergebnis einer Studie der Unternehmensberatung Frontier Economics Europe im Auftrag der Hilfsorganisation World Vision zum Syrienkrieg. „Bei einem raschen Friedensschluss würde ein Marshallplan für Syrien 300 Milliarden Dollar kosten“, sagt der World-Vision-Forscher Ekkehard Forberg. Sollte sich der Konflikt bis 2020 hinziehen, rechnen die Experten mit Kosten von 1,3 Billionen Dollar. Auch das Nachbarland Libanon leidet unter dem Konflikt und weist ein BIP pro Kopf aus, das um 23 Prozent niedriger liegt. Besser schneidet laut Studie der Nachbar Türkei ab. Obschon die Türken bisher rund 8 Milliarden Dollar für Flüchtlingshilfe aufgebracht haben, hat sich ihr Pro-Kopf-Einkommen auch wegen der zusätzlichen Arbeitskräfte und des zugeflossenen Kapitals aus Syrien leicht positiv entwickelt. kn

Kommentar

Wider den Böxit

Die Börse muss ihren Sitz in der EU behalten – auch nach einer Fusion mit London.

Nun klagen sie wieder in der Börsenstadt Frankfurt am Main: Der Finanzplatz dürfe keinesfalls leiden unter einem Zusammenschluss der Deutschen Börse mit der London Stock Exchange (LSE). In der stets von Minderwertigkeitskomplexen geplagten Metropole fürchtet man um Ansehen und Arbeitsplätze, sollte Börsenchef Carsten Kengeter seine Pläne für eine Fusion mit der LSE durchsetzen. Doch Kengeter hat im Grundsatz recht: Eine solche Fusion ist wirtschaftlich sinnvoll. Und wichtig ist eigentlich nicht, ob die gemeinsame Börse aus Frankfurt oder London heraus geführt wird, sondern dass sie in Europa ihren Hauptsitz hat. Die Frage ist allerdings, ob London weiterhin zu Europa gehören wird.

Die wirtschaftliche Logik ist so simpel wie überzeugend: Der Börsenhandel wird heute über immer leistungsfähigere Computer abgewickelt. Wer technologisch führend ist und die meisten Marktteilnehmer auf seine Plattform zieht, setzt sich durch. Die Deutsche Börse ist zwar technologisch stark, aber in der Vergangenheit immer wieder mit Fusionsversuchen gescheitert. Weil es der LSE ähnlich erging, drohen die Europäer immer weiter hinter die Amerikaner und Asiaten zurückzufallen. Es ist daher klug, die Kräfte zu bündeln.

Zu Recht warnt Kengeter, die hiesigen Börsen dürften nicht in US-Hände fallen. Die Schaltzentrale für den europäischen Kapitalmarkt darf aber auch nicht aus der EU herausfusioniert werden. Das droht, wenn Kengeter sich auf London als Hauptsitz der neuen Börse festlegt und die Briten im Sommer für einen Austritt aus der EU votieren. Von wem die Börse geführt wird, ist egal, Menschen kommen und gehen. Doch die politische Kontrolle über eine für die fragile Finanzwelt so kritische Infrastruktur sollte in der EU, wenn nicht sogar in der Eurozone verbleiben. Einen Exit der Börse, einen Böxit, darf es nicht geben. Martin Hesse